

NEIN ZUM EU-VERTRAG JA ZUR NEUTRALITÄT

Wir rufen alle ÖsterreicherInnen auf, gegen den geplanten EU-Vertrag zu protestieren. Wir fordern von den PolitikerInnen, ihre Verantwortung für Österreich wahrzunehmen und im Parlament gegen den EU-Vertrag zu stimmen.

Weil die EU-Verfassung 2005 auf breite Ablehnung und auf ein NEIN bei den befragten Holländern und Franzosen stieß, wurde nun dafür bloß ein neuer Titel gefunden: EU-Vertrag. Der Inhalt bleibt selbst nach Aussagen von Außenministerin Plassnik zu 95% gleich. Deshalb haben Bundeskanzler Gusenbauer und Außenministerin Ursula Plassnik im Dezember 2007 den sog. EU-„Reform“-vertrag unterschrieben. Er soll am 9. April 2008 im Parlament von SPÖ, ÖVP und den Grünen beschlossen werden.

Am Volk vorbei und gegen die Neutralität

Während die Regierungsparteien den EU-Willen gegen die Bevölkerung durchdrücken wollen und das Volk fürchten, Bundespräsident, Nationalratspräsidentin und auch die Grün-Spitzen nicht das Volk entscheiden lassen wollen, gehen Kronenzeitung nur auf Leserfang, FP?, BZ? und Hans Peter Martin nur auf Wählerfang. Was von den Kronen-Zeitungs- und FP-„Volksinitiativen“ zu halten ist, zeigt die Vergangenheit deutlichst: Da wurde gegen das AKW-Mochovce begehrt, da wurde gegen das AKW-Temelin getrommelt und Unterschriften gesammelt - aber geschehen ist dann gar nichts. Und der ÖGB? War der ÖGB 2004 zumindest in Worten noch für eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung, hält er heute vollkommen still, obwohl der EU-Vertrag praktisch der EU-„Verfassung“ von 2005 entspricht. Zudem hat erst unlängst der Europäische Gerichtshof (EuGH) das nationale Streik- und Kollektivvertragsrecht in Frage gestellt. Trotzdem schweigt der ÖGB!

EU-Vertrag = Aufrüstung, Atomausbau – Sozial- und Demokratieabbau

Der EU-Vertrag bedeutet: Verpflichtung zur ständigen Aufrüstung – kontrolliert durch ein EU-Rüstungsamt zur Förderung der Kriegsindustrie, militärische Beistandspflicht zu weltweiten Kriegseinsätzen (schon jetzt als Vorleistung im Tschad oder im Kosovo), Teilnahme Österreichs an den neuen EU-Schlachtgruppen. Die EU arbeitet schon länger auf eine eigene Militär- und Atommacht hin. In Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA wollen die europäischen Konzerne nun auch militärisch im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, geopolitische Einflusssphären, ein Gegengewicht aufbauen. Die Menschen Europas sollen dafür wieder Opfer bringen. Der EU-Vertrag öffnet die Tür für die weitere Privatisierung von öffentlichen Diensten, wie z. B. von Wasserwerken, Verkehrsbetrieben, Spitälern, Energieversorgern, Bildungseinrichtungen usw. Der EU-Vertrag bedeutet weitere Förderung der Atomenergie mit dem Ziel, „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen.“ (EURATOM-Vertrag).

Massiver Sozial- und Demokratieabbau für die Menschen bei gleichzeitiger Aufrüstung, die die ArbeitnehmerInnen bezahlen sollen, das steht uns mehr und mehr ins Haus. Der EU-Vertrag, der Anschluss an ein offensives EU-Militärbündnis, ist Verfassungsbruch! 80% aller ÖsterreicherInnen sind nach wie vor für die Beibehaltung der Neutralität. Deswegen will die Regierung das Neutralitätsgesetz formal nicht antasten und auch keine Volksabstimmung über den EU-Vertrag abhalten. Sie hat Angst, dass die ÖsterreicherInnen den Schwindel durchschauen und ihre Pläne ablehnen würden.

Die Lehre aus dem II. Weltkrieg mit seinen Millionen Opfern hieß für Österreich nach 1945:
Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Österreich wurde in der Folge ein neutrales und souveränes Land! Es gehört seit 1955 keinem Militärbündnis an! Unser Land hat seit mehr als 50 Jahren die Neutralität in der Verfassung!

Das Neutralitätsgesetz war und ist Ausdruck des Willens der Menschen, dass nicht ÖsterreicherInnen, wie schon zweimal in der Geschichte, für Großmachtinteressen kämpfen und sterben müssen! Nun soll dieses Gesetz gebrochen werden. Wir sollen wieder für Großmachtspolitik einrücken!

- **Es geht nicht um ein europäisches Sicherheitssystem gegen den Terror, sondern um Kriegspläne**
- **Es geht nicht um Frieden in Krisengebieten, sondern um Eroberung und Machtausweitung durch Krieg**
- **Es geht nicht um die Freiheit der Menschen, sondern um die Freiheit der Konzerne.**

Entweder Eingliederung in die EU der Konzerne und Militärs, Aufgabe der staatlichen Souveränität und Teilnahme an Kriegen oder Neutralität, Selbstbestimmung und Friedenspolitik!

Unsere Neutralität ist gerade in dieser immer kriegerischer werdenden Welt wichtiger denn je. Sie fördert den Frieden. Im Sinne einer aktiven Neutralitätspolitik soll sich Österreichs Außen- und Sicherheitspolitik an den Prinzipien des Dialogs, der Konfliktvermeidung, der friedlichen Koexistenz und der internationalen Solidarität orientieren. Das ist der beste Beitrag zum Frieden. Lassen wir nicht zu, dass Österreich wieder unfrei wird, dass ÖsterreicherInnen wieder in den Krieg marschieren. Für unsere Zukunft, für unsere Jugend, für unsere Kinder: verhindern wir den EU-Vertrag!

Wir fordern daher:

- **Keine Ratifizierung des EU-Vertrages – Volksabstimmung!**
- **Keine Beteiligung an der EU-Armee! – Keine Annäherung an die NATO!**
- **Soziale Sicherheit statt Aufrüstung!**
- **Raus aus EURATOM!**

Österreich ist neutral - und muss es bleiben!

TERMIN

Montag, 14. April 2008, 20.00 Uhr

30 Jahre NEIN zu Zwentendorf – EU-Vertrag – EURATOM

Ort: Amerlinghaus, 1070 Wien, Eingang Stiftgasse 8, Erdgeschoß rechts, Raum 4

Anmeldung: per E-Mail oder Telefon – siehe Impressum.

Von keiner Partei, Gewerkschaft oder Firma politisch oder finanziell abhängig, finanzieren wir unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden unserer AktivistInnen und LeserInnen. Wir laden alle Interessierten zur Mitarbeit ein. Kommen Sie zu unserem nächsten Termin oder kontaktieren Sie uns per Postkarte, E-Mail oder Telefon.

**Impressum: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Stiftgasse 8, 1070 Wien;
Tel.: 0650 830 7 830; E-Mail: ggae@gmx.at**